Ref. Ares(2023)3120756 - 03/05/2023

Bundesministerium
für Digitales
und Verkehr

G7 GERMANY
2022

Bundesministerium für Digitales und Verkehr • 11030 Berlin

Frau
[redacted]
European Commission
Directorate-General Migration & Home Affairs
D4: Security in the Digital Age
[redacted]
46 Rue de Luxembourg
B-1049 Brussels | Belgium

Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Postanschrift:
11030 Berlin

[redacted]

[redacted]

www.bmdv.bund.de

Betreff: Berichtspflicht nach Artikel 8 der Verordnung (EU) 2021/1232

Bezug: Ihr
Aktenzeichen: 862.4/1
Datum: Berlin, 18.10.2022

Sehr geehrte [redacted]

vielen Dank für Ihre E-Mail-Nachricht vom 26. August 2022.

Sie erinnern darin an Artikel 8 (1) der Verordnung (EU) 2021/1232 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juli 2021 über eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG hinsichtlich der Verwendung von Technologien durch Anbieter nummernunabhängiger interpersoneller Kommunikationsdienste zur Verarbeitung personenbezogener und anderer Daten zwecks Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet.

Artikel 8 (1) der Verordnung (EU) 2021/1232 verlangt von den Mitgliedstaaten, bis zum 3. August 2022 und danach jährlich Berichte mit Statistiken zu folgenden Aspekten öffentlich zugänglich zu machen und der Kommission vorzulegen:

a) die Gesamtzahl der Berichte über festgestellten sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet, die den zuständigen nationalen Strafverfolgungsbehörden von Anbietern und Organisationen, die im öffentlichen Interesse gegen sexuellen Kindesmissbrauch vorgehen, übermittelt wurden, wobei zwischen der absoluten Zahl der Fälle und jenen Fällen, die mehrmals gemeldet werden, sowie nach der Art des Anbieters, in dessen Diensten sexueller Missbrauch von Kindern im Internet festgestellt wurde, unterschieden wird, sofern solche Daten vorhanden sind,

Zertifikat seit 2009
audit berufundfamilie

b) die Zahl der Kinder, die im Rahmen von Maßnahmen gemäß Artikel 3 ermittelt wurden, aufgeschlüsselt nach Geschlecht,

c) die Zahl der verurteilten Täter.

Im Hinblick auf Deutschland beantworte ich ihre Nachfrage wie folgt:

Spezifische Statistiken aufgrund von Meldungen nummernunabhängiger interpersoneller Kommunikationsdienste gemäß der Verordnung (EU) 2021/1232 über Online-Material, das sexuellen Missbrauch von Kindern enthält, liegen nicht vor.

Artikel 8 (1) der Verordnung (EU) 2021/1232 bezieht sich auf Berichte und Statistiken über sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet, die von Anbietern nummernunabhängiger interpersoneller Kommunikationsdienste und Organisationen an zuständige nationale Strafverfolgungsbehörden übermittelt wurden. Dabei handelt es sich um Online-Material über sexuellen Missbrauch von Kindern, das aufgrund des freiwilligen Einsatzes von speziellen Technologien gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) 2021/1232 zum alleinigen Zweck der Aufdeckung und Entfernung solchen Materials durch die betreffenden Anbieter aufgedeckt wurde.

Hierzu weise ich darauf hin, dass der freiwillige Einsatz von Technologien zum Aufspüren von Online-Material über sexuellen Missbrauch von Kindern in Deutschland niedergelassenen nummernunabhängigen interpersonellen Kommunikationsdiensten nicht erlaubt ist.

Artikel 3 (1) a ii) der Verordnung (EU) 2021/1232 bestimmt, dass Artikel 5 und 6 der Richtlinie 2002/58/EG nicht für die Vertraulichkeit von Kommunikationen gelten, bei der auch personenbezogene und andere Daten durch die Anbieter im Zusammenhang mit der Bereitstellung nummernunabhängiger interpersoneller Kommunikationsdienste verarbeitet werden, sofern die Verarbeitung unbedingt erforderlich ist, damit eine spezielle Technologie zum alleinigen Zweck der Aufdeckung und Entfernung von Online-Material über sexuellen Missbrauch von Kindern und der Meldung dieses Materials an Strafverfolgungsbehörden und Organisationen, die im öffentlichen Interesse gegen sexuellen Missbrauch von Kindern vorgehen, sowie zur Aufdeckung der Kontaktaufnahme zu Kindern und ihrer Meldung an Strafverfolgungsbehörden und Organisationen, die im öffentlichen Interesse gegen sexuellen Missbrauch von Kindern vorgehen, verwendet werden kann.

Artikel 3 der Verordnung (EU) 2021/1232 legt damit nicht fest, dass der Einsatz von Technologien gemäß der Verordnung in den Mitgliedstaaten

Zertifikat seit 2009
audit berufundfamilie

erlaubt ist, sondern regelt lediglich, dass die Anforderungen der Richtlinie 2002/58/EG zur Vertraulichkeit der Kommunikation nicht gelten. Dies folgt auch aus Erwägungsgrund 10, nach dem die Verordnung keine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch Anbieter zum alleinigen Zweck der Aufdeckung von sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet in ihren Diensten und der Meldung desselben und der Entfernung von Online-Material über sexuellen Missbrauch von Kindern aus ihren Diensten bietet, sondern eine Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG vorsieht.

In Deutschland unterliegen nummernunabhängige interpersonelle Kommunikationsdienste als Telekommunikationsdienste unabhängig von den Anforderungen der Richtlinie 2002/58/EG dem Fernmeldegeheimnis, das in Artikel 10 des Grundgesetzes festgeschrieben ist und in § 3 des Gesetzes über den Datenschutz und den Schutz der Privatsphäre in der Telekommunikation und bei Telemedien (Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz - TTDSG) konkretisiert ist. Danach ist es diesen Diensten untersagt, sich oder anderen über das für die Erbringung der Telekommunikationsdienste oder für den Betrieb ihrer Telekommunikationsnetze oder ihrer Telekommunikationsanlagen einschließlich des Schutzes ihrer technischen Systeme erforderliche Maß hinaus Kenntnis vom Inhalt oder von den näheren Umständen der Telekommunikation zu verschaffen. Sie dürfen Kenntnisse über Tatsachen, die dem Fernmeldegeheimnis unterliegen, nur für diesen Zweck verwenden. Eine Verwendung dieser Kenntnisse für andere Zwecke, insbesondere die Weitergabe an andere, ist nur zulässig, soweit das TTDSG oder eine andere gesetzliche Vorschrift dies vorsieht und sich dabei ausdrücklich auf Telekommunikationsvorgänge bezieht.

Eine gesetzliche Vorschrift, die danach erforderlich wäre, um in Deutschland niedergelassenen nummernunabhängigen interpersonellen Kommunikationsdiensten den freiwilligen Einsatz von Technologien gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) 2021/1232 zu erlauben, besteht nicht.

Demgemäß können von Deutschland auch keine Statistiken gemäß Artikel 8 (1) der Verordnung (EU) 2021/1232 bereitgestellt werden.

Die Ermittlung und Aufdeckung von Online-Material, das sexuellen Missbrauch von Kindern enthält, erfolgt in Deutschland mit sämtlichen Möglichkeiten, die die Strafprozessordnung (STPO) dafür zur Verfügung stellt. Dazu zählen die Durchsuchung und Beschlagnahme ebenso wie die Überwachung der Telekommunikation, die Online-Durchsuchung sowie die Erhebung von Verkehrs- und Nutzungsdaten jeweils auf der Grundlage der Anforderungen, die die Strafprozessordnung dafür jeweils stellt. In der Regel darf die Verarbeitung von Verkehrsdaten durch

Zertifikat seit 2009
audit berufundfamilie

Telekommunikationsdienste nur auf richterliche Anordnung erfolgen.

Die in Deutschland vorhandenen Daten zum sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet werden daher nicht auf der Grundlage von Meldungen nummernunabhängiger interpersoneller Kommunikationsdienste und des freiwilligen Einsatzes von Technologien gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) 2021/1232 erhoben.

Zu den vorhandenen Daten über den sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet verweise ich auf den Bericht der Bundesregierung über die im Jahr 2021 ergriffenen Maßnahmen zum Zweck der Löschung von Telemedienangeboten mit kinderpornografischem Inhalt im Sinne des § 184b des Strafgesetzbuchs (https://dserver.bundestag.de/btd/20/031/2003175.pdf). Der Bericht enthält eine statistische Auswertung der Löschbemühungen im Jahr 2021 sowie eine Übersicht von Maßnahmen, die auf die Löschung von Telemedienangeboten mit kinderpornografischem Inhalt im Sinne des §184b des Strafgesetzbuches (StGB) abzielen. Datenbasis für die Erhebungen bildet die Anzahl der jährlich bei den Beschwerdestellen sowie dem Bundeskriminalamt (BKA) eingegangenen berechtigten Hinweise auf kinderpornografische Inhalte

Weiterhin verweise ich auf den Jahresbericht von Jugendschutz.net https://www.jugendschutz.net/ueber-uns/jahresbericht . Jugendschutz.net fungiert als gemeinsames Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet.

Mit freundlichen Grüßen

[redacted]

[redacted]

..

(Informal Courtesy Translation)

Dear [redacted],

thank you for your e-mail-message from August 26th,2022.

You remind on Article 8(1) of Regulation (EU) 2021/1232 of the European Parliament and of the Council of 14 July 2021 on a temporary derogation from certain provisions of Directive 2002/58/EC as regards the use of technologies by providers of number-independent interpersonal communications services for the processing of personal and other data for the purpose of combating online child sexual abuse.

Article 8 (1) of Regulation (EU) 2021/1232 requires that the Member States, by 3 August 2022, and on an annual basis thereafter, shall make publicly available and submit to the Commission reports with statistics referring to online child sexual abuse on the following:

a) the total number of reports of detected online child sexual abuse that have been submitted by providers and organisations acting in the public interest against child sexual abuse to the competent national law enforcement authorities, differentiating, where such information is available, between the absolute number of cases and those cases reported several times and the type of provider on whose service the online child sexual abuse was detected;

b) the number of children identified through actions pursuant to Article 3, differentiated by gender;

c) the number of perpetrators convicted.

Regarding this I would like to answer your request as follows:

Specific statistics based on reports of number-independent interpersonal communication services according to Regulation (EU) 2021/1232 on online materal that contains sexual abuse of children are not available.

Articel 8 (1) of Regulation (EU) 2021/1232 refers to reports and statistics on sexual abuse of children in the internet, which have been that have been submitted to the competent national law enforcement authorities by providers of number-independent interpersonal communication services and organisations acting in the public interest against child sexual abuse. It refers to online material containing sexual abuse of children, that has been detected by the voluntarily use of these providers of specific technology for the sole purpose of detecting and removing such material according Articel 3 of Regulation (EU) 2021/1232.

Regarding this I would like to inform you, that the voluntarily use of technologies to detect online material containing sexual abuse of children by number-independent interpersonal communication services is prohibited to providers of such services in Germany.

Article 3 of Regulation (EU) 2021/1232 stipulates that Articles 5 and 6 of Directive 2002/58/EC shall not apply to the confidentiality of communications involving the processing by providers of personal and other data in connection with the provision of number-independent interpersonal communications services, that is strictly necessary for the use of

specific technology for the sole purpose of detecting and removing online child sexual abuse material and reporting it to law enforcement authorities and to organisations acting in the public interest against child sexual abuse and of detecting solicitation of children and reporting it to law enforcement authorities or organisations acting in the public interest against child sexual abuse.

However, Article 3 of Regulation (EU) 2021/1232 does not directly stipulate, that the use of technologies according to the Regulation is permitted in the member states, but only that the requirements of Directive 2002/58/EC on the confidentiality of communications don`t apply. This follows from recital 10, according to which the Regulation does not provide for a legal ground for the processing of personal data by providers for the sole purpose of detecting online child sexual abuse on their services and reporting it and removing online child sexual abuse material from their services, but it provides for a derogation from certain provisions of Directive 2002/58/EC the derogation of confidentiality of communications as provided in Directive 2002/58/EC.

In Germany number-independent interpersonal communication services are beside the requirements of directive 2002/58/EC telecommunication services that have to respect the telecommunication secrecy according to Article 10 of the German constitution, which ist specified in § 3 of the Telecommunication-Telemedia-Data protection - Act (TTDSG), according to which it is prohibited to these services to provide themselves or others with knowledge of the content or the detailed circumstances of the telecommunications beyond what is necessary for the provision of the telecommunications services or for the operation of their telecommunications networks or their telecommunications systems, including the protection of their technical systems. They are only permitted to use knowledge of facts that are subject to telecommunications secrecy for the above mentioned purposes. The use of this knowledge for other purposes, in particular passing it on to others, is only permitted insofar as the TTDSG or another law provides for this and expressly refers to telecommunications processes.

There is no law that permits number-independent interpersponal communication services the voluntarily use of technologies according to Article 3 of Regulation (EU) 2021/1232, which thus woud be neccessary.

Therefore statistics according Article 8 (1) of Regulation (EU) 2021/1232 cannot be provided by Germany.

In Germany, investigating and uncovering online material containing sexual abuse of children is carried out using all the means provided for by the Code of Criminal Procedure (STPO). This includes searches and seizures as well as surveillance of telecommunications, online searches and the collection of traffic data and other data of users, each on the basis of the requirements that the Code of Criminal Procedure sets for each case. As a rule, the processing of traffic data by telecommunications services may only take place on the basis of a court order.

The data available in Germany on the sexual abuse of children on the Internet is therefore not collected on the basis of reports from number-independent interpersonal communication services and the voluntary use of technologies in accordance with Article 3 of Regulation (EU) 2021/1232.

With regard to the existing data on the sexual abuse of children on the Internet, I refer to the Federal Government's report on the measures taken in 2021 for the purpose of deleting telemedia offers with child pornographic content within the meaning of § 184b of the Criminal Code (https://dserver.bundestag.de/btd/20/031/2003175.pdf). This report contains a statistical evaluation of the deletion efforts in 2021 as well as an overview of measures aimed at deleting telemedia offers with child pornographic content within the meaning of § 184b of the German Criminal Code (StGB). The data basis for the surveys is the number of justified reports of child pornography content received annually by the institutions competent for complaints and the Federal Criminal Police Office (BKA).

I also refer to the annual report of Jugendschutz.net (https://www.jugendschutz.net/ueber-uns/Jahresbericht). Jugend-schutz.net acts as a joint federal and state competence center for the protection of children and minors on the Internet.

Best regards

[redacted]